

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Teilhabeerfahrungen und Teilhabeerwartungen
von Menschen mit Beeinträchtigung

Jan-Hinrik Schmidt, Milena Braun

➔ www.aktion-mensch.de/zusammenhalt

In Kooperation mit:



Aktion Mensch

Die Aktion Mensch ist die größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland. Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 hat sie mehr als fünf Milliarden Euro an soziale Projekte weitergegeben. Ziel der Aktion Mensch ist, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen zu verbessern und das selbstverständliche Miteinander in der Gesellschaft zu fördern. Mit den Einnahmen aus ihrer Lotterie unterstützt die Aktion Mensch jeden Monat bis zu 1.000 Projekte. Möglich machen dies rund vier Millionen Lotterieteilnehmer*innen. Zu den Mitgliedern gehören: ZDF, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Paritätischer Gesamtverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Leibniz-Institut für Medienforschung

Das Leibniz-Institut für Medienforschung (Hans-Bredow-Institut) in Hamburg untersucht den Medienwandel und die damit verbundenen strukturellen Veränderungen in der öffentlichen Kommunikation. Es verbindet Grundlagenforschung und Forschung zum Wissenstransfer aus medienübergreifender, interdisziplinärer und unabhängiger wissenschaftlicher Perspektive und schafft so problemrelevantes Wissen für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) ist ein interdisziplinäres, transferorientiertes Institut mit 11 Standorten. Es verbindet Grundlagenforschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt mit anwendungsnaher Forschung zu aktuellen Herausforderungen aus einer Vielfalt an disziplinären Perspektiven. Der FGZ-Standort Hamburg ist am Leibniz-Institut für Medienforschung angesiedelt und befasst sich insbesondere mit der Bedeutung von Medien und Kommunikation für den Erhalt und die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Teilhabe-Community

Die Teilhabe-Community ist das erste Online-Befragungspanel in Deutschland, das speziell für Menschen mit Beeinträchtigung konzipiert wurde. Es wurde gemeinsam von Aktion Mensch und dem Markt- und Sozialforschungsinstitut Ipsos entwickelt, um deren bislang geringe Berücksichtigung in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung zu verbessern. Durch die Teilnahme am Panel erhalten Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit, ihre Perspektiven einzubringen und sichtbar zu machen. Die Befragungen sind barrierefrei gestaltet, um Menschen mit unterschiedlichen Arten der Beeinträchtigung die Teilnahme zu ermöglichen. Ziel ist es, fundierte Erkenntnisse über Lebensrealitäten und Bedarfe zu gewinnen sowie inklusivere Produkte und Dienstleistungen zu fördern.

Vorwort

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine zentrale Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Er entscheidet darüber, ob Menschen sich zugehörig fühlen, Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen haben und die Möglichkeit sehen, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten. Umso wichtiger ist es zu verstehen, wie es um diesen Zusammenhalt tatsächlich steht – und wie er von unterschiedlichen Gruppen in unserer Gesellschaft erlebt wird.

ARD, ZDF und Deutschlandradio haben 2025 in der sogenannten „Zusammenhaltsstudie“ den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Gesamtbevölkerung erforschen lassen. Diese Studie bildet eine wichtige Grundlage für die öffentliche Debatte über Demokratie, Vertrauen und Zusammenleben in Deutschland.

Für die Aktion Mensch war schnell klar: Diese Fragen sind auch ganz besonders aus der Perspektive von Menschen mit Beeinträchtigung relevant. Umso mehr freut es uns, dass wir ausgewählte Themenkomplexe der Zusammenhaltsstudie aufgreifen und die „Teilhabe-Community“, ein Befragungspanel von Menschen mit Beeinträchtigung, dazu befragen durften. Die Möglichkeit, die Ergebnisse beider Erhebungen miteinander zu vergleichen und einzuordnen, eröffnet einen wertvollen Blick darauf, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt erlebt wird – und wo Unterschiede, Brüche und besondere Herausforderungen sichtbar werden.

Die hier versammelten Stimmen zeigen sehr deutlich: Für Menschen mit Beeinträchtigung entscheidet sich Zusammenhalt vor allem im Alltag. In Nachbarschaften, Vereinen, durch verlässliche Beziehungen und funktionierende Unterstützungsstrukturen im Sozialraum. Zugleich machen sie sichtbar, wie sehr gleichberechtigte Teilhabe von stabilen, inklusiven Rahmenbedingungen abhängt – von Barrierefreiheit, Rechtssicherheit und dem Schutz vor Diskriminierung.

Als Aktion Mensch verstehen wir diese Forschung als wichtigen Beitrag zur Debatte über gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Die Perspektiven von Menschen mit Beeinträchtigung machen sichtbar, wo gesellschaftliche Strukturen bereits stärken – und wo sie dringend weiterentwickelt werden müssen. Denn Zusammenhalt gelingt nur dort, wo Teilhabe für alle Menschen selbstverständlich ist.

Ein besonderer Dank gilt Milena Braun und Jan-Hinrik Schmidt vom Leibniz-Institut für Medienforschung (Hans-Bredow-Institut). Sie haben sich bereit erklärt, diese Studie zu verfassen. Mit ihrer wissenschaftlichen Expertise, der sorgfältigen vergleichenden Analyse und der differenzierten Einordnung der Ergebnisse leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Verständnis gesellschaftlichen Zusammenhalts aus unterschiedlichen Perspektiven.

Christina Marx

Mitglied der Geschäftsleitung und
Sprecherin der Aktion Mensch

Inhalt

03 Vorwort

05 Einleitung

07 Zusammenhalt im Sozialraum

09 Persönliche Unterstützungsnetzwerke

11 Gesellschaftliche und politische Teilhabe

14 Ideale des gesellschaftlichen Zusammenlebens

19 Gefährdung von Zusammenhalt und Demokratie

22 Die Rolle von gesellschaftlichen Institutionen

26 Fazit

28 Methodik

29 Quellenverzeichnis

30 Impressum

Einleitung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt bildet die Grundlage dafür, dass Menschen in einer vielfältigen Gesellschaft friedlich, respektvoll und sicher miteinander leben können. Er entsteht dort, wo Menschen sich zugehörig fühlen, Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen haben und darauf bauen können, dass die Regeln des Zusammenlebens anerkannt, eingehalten und fair durchgesetzt werden. Damit ist gesellschaftlicher Zusammenhalt zugleich Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen und für gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen – unabhängig von ihren individuellen Lebenslagen.

Für viele Menschen mit Beeinträchtigung stellt sich diese Ausgangslage jedoch anders dar. Sie erleben in zahlreichen Bereichen ihres Alltags Barrieren, Ausgrenzung und Diskriminierung und machen daher nicht immer die Erfahrung von Zugehörigkeit, Anerkennung und Verlässlichkeit. Gerade deshalb sind ihre Perspektiven auf gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders aufschlussreich. Sie zeigen, an welchen Stellen Zusammenhalt im Alltag gelingt – und wo er aus Sicht einer besonders sensiblen Bevölkerungsgruppe an Grenzen stößt. Erfahrungen mit Einbindung oder Ausschluss, mit Unterstützung oder fehlender Hilfe sowie mit demokratischer Teilhabe prägen nicht nur das individuelle Erleben, sondern auch Vorstellungen davon, wie gutes gesellschaftliches Zusammenleben idealerweise aussehen sollte.

Der vorliegende Forschungsbericht stellt die Erfahrungen, Bewertungen und Erwartungen von Menschen mit Beeinträchtigung systematisch in den Mittelpunkt. Er untersucht, wie diese den Zusammenhalt in ihrem unmittelbaren Sozialraum erleben – etwa in Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft, Vereinen, Arbeitswelt oder digitalen Räumen – und welche Rolle persönliche Unterstützungsnetzwerke dabei spielen. Zugleich wird analysiert, in welchem Maße sich Menschen mit Beeinträchtigung gesellschaftlich und politisch engagieren und welchen Beitrag sie selbst zum Zusammenhalt leisten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt

auf den Werten und Idealvorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Welche normativen Leitbilder – etwa im Spannungsfeld zwischen Selbstentfaltung und sozialer Ordnung, zwischen Vielfalt und Normbindung oder zwischen Nähe und Autonomie – prägen ihr Verständnis eines guten Zusammenlebens?

Darüber hinaus beleuchtet der Bericht, wie stark Menschen mit Beeinträchtigung den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt als gefährdet wahrnehmen und wie sie die Demokratie in Deutschland bewerten. Dabei zeigt sich eine hohe Zustimmung zur Demokratie als politischer Idee, gleichzeitig aber auch Skepsis gegenüber ihrem aktuellen Funktionieren. Ergänzend wird untersucht, welchen gesellschaftlichen Institutionen Menschen mit Beeinträchtigung Vertrauen entgegenbringen und welchen Beitrag sie diesen Akteuren – etwa Sportvereinen, Medien, Parteien oder staatlichen Einrichtungen – zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zuschreiben.

Der vorliegende Forschungsbericht stellt die zentralen Ergebnisse einer Befragung in der Teilhabe-Community vor. Dieses Befragungspanel, bestehend aus Menschen mit Beeinträchtigung, hat die Aktion Mensch gemeinsam mit dem Markt- und Sozialforschungsinstitut Ipsos entwickelt.

Die Ergebnisse zur Gesamtbevölkerung stammen aus der repräsentativen „Zusammenhaltsstudie“, die das Leibniz-Institut für Medienforschung, das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt und mindline media gemeinsam mit ARD, ZDF und Deutschlandradio im Frühjahr 2025 durchgeführt haben (Schmidt / Storll 2026). Die Aktion Mensch durfte Teile der Befragung in der Teilhabe-Community, einem Befragungspanel, bestehend aus Menschen mit Beeinträchtigung, durchführen. Milena Braun und Jan-Hinrik Schmidt vom Hamburger Standort des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, das am Leibniz-Institut für Medienforschung (Hans-Bredow-Institut) angesiedelt ist, haben die

Ergebnisse der Repräsentativbefragung und die Befragung in der Teilhabe-Community vergleichend ausgewertet, wissenschaftlich eingeordnet und den vorliegenden Forschungsbericht verfasst. Bei der Interpretation der Ergebnisse sowie bei der redaktionellen Ausarbeitung wurden die Autor*innen durch das Sozialforschungsteam der Aktion Mensch unterstützt.

Der Bericht macht sichtbar, wie Menschen mit Beeinträchtigung den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland erleben, welche Werte und Erwartungen sie mit einem gelingenden Zusammenleben verbinden. Zudem regt er dazu an, darüber nachzudenken, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, damit sie sich als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrnehmen können.

Zusammenhalt im Sozialraum

Das Erleben von Zusammenhalt im Sozialraum spielt sich auf unterschiedlichen Ebenen ab. Um ein möglichst umfassendes Bild davon zu erhalten, wie Menschen mit Beeinträchtigung den Zusammenhalt in ihrer Umgebung wahrnehmen, ist es notwendig, diese verschiedenen Bereiche differenziert in den Blick zu nehmen.

Am stärksten wird Zusammenhalt typischerweise im unmittelbaren persönlichen Umfeld empfunden – dort, wo Menschen im Alltag regelmäßig und direkt miteinander in Kontakt stehen. Die vorliegende Untersuchung betrachtet folgende Bereiche des Sozialraums: die Familie, Freundeskreise, die Nachbarschaft, Vereine, Arbeitsstellen, Schulen oder Universitäten und schließlich digitale Communitys oder Foren im Internet und in sozialen Medien.

In nahezu allen Bereichen empfinden Menschen mit Beeinträchtigung weniger Zusammenhalt als die Gesamtbevölkerung. Am stärksten verorten sie diesen in der Familie und im Freundeskreis (beide 66 Prozent): Jeweils zwei Drittel von ihnen geben an, dass der Zusammenhalt dort eher oder sehr stark sei. In der Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil bei mehr als drei Viertel (Freundeskreis: 77 Prozent; Familie: 78 Prozent). Dieses Ergebnis deckt sich mit Erkenntnissen, dass sich Menschen mit Beeinträchtigung auch in spezifischen Alltagssituationen, wie etwa bei gesundheitlichen Anliegen, von Familie und Freunden weniger ernst genommen fühlen – also Zusammenhalt vermissen (Aktion Mensch 2025b).

Auch in den Bereichen Arbeit, Schule oder Universität ist das Zusammenhalts-Erleben bei Menschen mit



Sozialraum und gesellschaftlicher Zusammenhalt

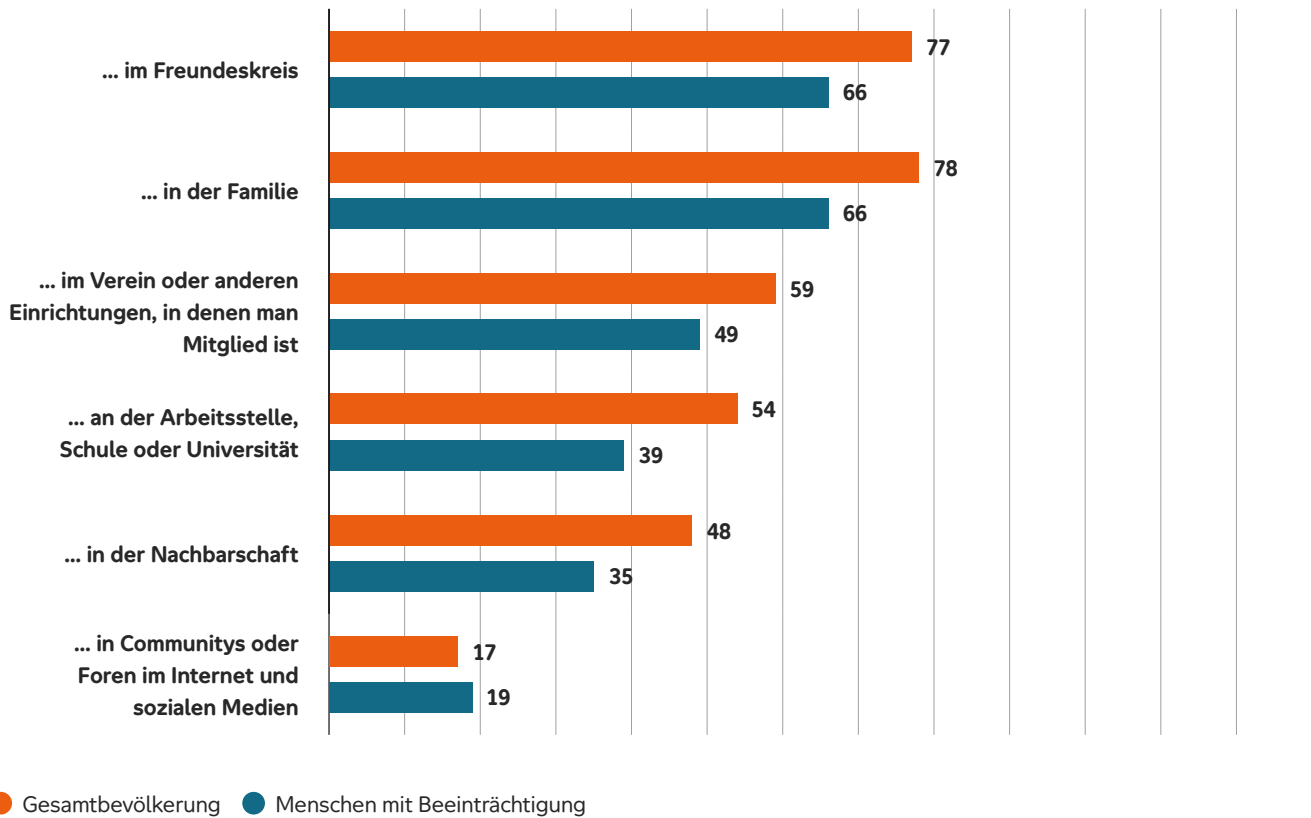
Der Sozialraum ist der Lebensbereich, in dem Menschen ihren Alltag gestalten – dort, wo sie wohnen, arbeiten, zur Schule gehen, einkaufen, Sport treiben oder sich begegnen. Er umfasst sowohl Orte und Infrastruktur (zum Beispiel Bushaltestellen, Schulen, Rathäuser, Spielplätze) als auch die Menschen und ihre Aktivitäten.

Zum Sozialraum gehören also die räumlichen Bedingungen ebenso wie das soziale Miteinander: Wer lebt oder arbeitet hier? Wer engagiert sich, gestaltet mit oder fühlt sich verantwortlich? Wer wird einbezogen – und wer nicht? So entsteht Sozialraum überall dort, wo Menschen miteinander in Kontakt kommen: im Dorf, im Stadtviertel, in der Gemeinde oder in einer ganzen Region.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht an konkreten Orten im Sozialraum, wenn Menschen öffentliche Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge aktiv nutzen und dadurch zu sozialen Orten der Begegnung und des Miteinanders machen. Soziale Orte sind dabei die Voraussetzung, um Teilhabe, Anerkennung und Vertrauen zu ermöglichen und soziale Bindungen zu stabilisieren (Kersten et alia 2022).

Abbildung 1:
Erleben von Zusammenhalt im persönlichen Umfeld

Frage: Wie stark erlebst du persönlich Zusammenhalt und Zugehörigkeit ...



Darstellung in Prozent | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „Sehr stark“ und „Eher stark“ | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Beeinträchtigung deutlich geringer ausgeprägt (39 Prozent) als in der Gesamtbevölkerung (54 Prozent). Zuvor durchgeführte Forschungen haben gezeigt, dass Menschen mit Beeinträchtigung an diesen Orten häufiger Ausgrenzung oder Diskriminierung erfahren (Aktion Mensch 2025a), was ihr geringeres Zusammenhalts-Erleben in diesen Kontexten erklärt.

Besonders deutlich unterscheidet sich die Wahrnehmung von Zusammenhalt zwischen Menschen mit Beeinträchtigung und der Gesamtbevölkerung in den Bereichen Nachbarschaft und Vereine. Mit 35 Prozent erleben deutlich weniger Menschen mit Beeinträchtigung ein Gefühl von Zusammenhalt in ihrer eigenen Nachbarschaft als die Gesamtbevölkerung (48 Prozent). Auch in Vereinen oder anderen Einrichtungen, in denen man Mitglied ist, erfahren nur 49 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung Zusammenhalt. In der Gesamtbevölkerung sind es 59 Prozent. Diese Befunde

zeigen, dass Menschen mit Beeinträchtigung in diesen Bereichen des Sozialraums weniger teilhaben können oder sich weniger eingebunden fühlen.

Eine Ausnahme bildet der Bereich digitaler Communitys und Foren. Zwar berichten insgesamt weniger als 20 Prozent der Befragten – sowohl mit als auch ohne Beeinträchtigung – von Zusammenhalt in Online-Räumen, doch zeigt sich bei jüngeren Menschen mit Beeinträchtigung unter 40 Jahren ein abweichendes Muster: Knapp ein Drittel von ihnen fühlt sich hier zugehörig. Dies könnte darauf hinweisen, dass digitale Räume niedrigere physische Barrieren aufweisen oder mehr Möglichkeiten bieten, auf andere Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zu treffen und sich verstanden zu fühlen. Gerade für junge Menschen mit Beeinträchtigung oder bei räumlicher Distanz bieten sich Kontaktmöglichkeiten zu Peers mit ähnlichen Herausforderungen.

Persönliche Unterstützungsnetzwerke

Das Gefühl, zugehörig zu sein, hängt auch davon ab, in welchem Maße Menschen sich in unterschiedlichen Lebenslagen von Personen aus ihrem Umfeld unterstützt fühlen. Solche Unterstützungsnetzwerke können in verschiedenen Situationen entlasten, Orientierung bieten und praktische oder emotionale Hilfe ermöglichen.

Rund 90 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung haben Personen, mit denen sie über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten sprechen können. Dieser Anteil liegt nahezu gleichauf mit der Gesamtbevölkerung (91 Prozent). Auch in weiteren Bereichen der Unterstützung – etwa bei der Bewältigung von Einsamkeit oder bei finanziellen und rechtlichen Problemen – geben deutliche Mehrheiten an, auf entsprechende Unterstützung zurückgreifen zu können.

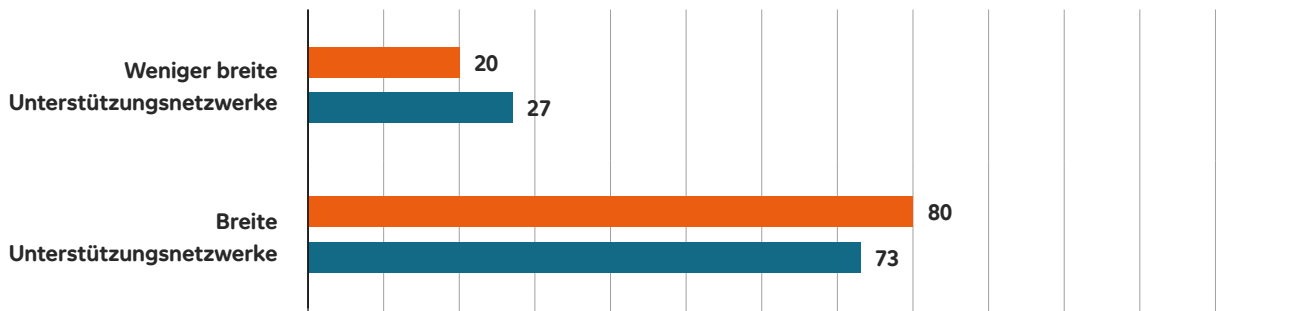
Im Bereich der Unterstützung im Fall von Krankheit oder Unfall weichen die beiden Gruppen jedoch voneinander ab. 73 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung haben Personen, von denen sie im Fall einer längeren Krankheit oder nach einem schweren Unfall gepflegt würden – in der Gesamtbevölkerung sind es 80 Prozent. Dies steht vor dem Hintergrund, dass Menschen mit Beeinträchtigung häufiger von gesundheitlichen Problemen betroffen sind als die Gesamtbevölkerung. Dass sie seltener Unterstützung erfahren, ist ein alarmierendes Signal, welches bereits in der Befragung der Aktion Mensch zum Thema Gesundheit (Aktion Mensch 2025b) deutlich wurde.

Während der Unterschied zwischen Menschen mit Beeinträchtigung und der Gesamtbevölkerung im Vorhandensein von Unterstützungsnetzwerken bei gesundheitlichen Problemen bei sieben Prozentpunkten liegt, überschreitet er im Bereich der Unterstützung für das berufliche oder schulische Vorankommen diesen Wert und beträgt 14 Prozentpunkte (63 Prozent bei Menschen mit Beeinträchtigung versus 77 bei der Gesamtbevölkerung). Menschen mit Beeinträchtigung, die ohnehin strukturell auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind (Aktion Mensch 2025c), erhalten somit auch weniger Unterstützung, um berufliche Herausforderungen zu bewältigen.

Insgesamt zeigt sich, dass etwas weniger Menschen mit Beeinträchtigung über breite Unterstützungsnetzwerke verfügen als die Gesamtbevölkerung. Die Breite eines solchen Netzwerks bemisst sich daran, in wie vielen der abgefragten Bereiche die Befragten angeben, Unterstützung zu erhalten. Personen mit Unterstützungsnetzwerken in vier oder fünf Bereichen gelten als Personen mit „breiten Unterstützungsnetzwerken“, alle anderen als Personen mit „weniger breiten Unterstützungsnetzwerken“. 73 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung verfügen über breite Unterstützungsnetzwerke, in der Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil bei 80 Prozent.

Auch bei der Altersstruktur unterscheiden sich die beiden Gruppen: Bei Menschen mit Beeinträchtigung verfügen am häufigsten die über 60-Jährigen über breite Unterstützungsnetzwerke, während in der Gesamtbevölkerung die unter 40-Jährigen den höchsten Anteil aufweisen.

Abbildung 2:
Ausprägung von Unterstützungsnetzwerken



● Gesamtbevölkerung ● Menschen mit Beeinträchtigung

Darstellung in Prozent | „Breite Unterstützungsnetzwerke“ = Unterstützung in 4-5 Bereichen;
„Weniger breite Unterstützungsnetzwerke“ = Unterstützung in ≤ 3 Bereichen | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Gesellschaftliche und politische Teilhabe

Ein zweiter Bereich der Befragung thematisierte Formen der politischen Teilhabe und Partizipation. Die Befragten sollten für acht Varianten gesellschaftlichen oder politischen Engagements angeben, ob sie diese innerhalb der vergangenen zwölf Monate ausgeübt haben oder nicht.

Ein zentrales Ergebnis ist, dass 80 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung und 70 Prozent der Gesamtbevölkerung im vergangenen Jahr mindestens eine Form gesellschaftlichen Engagements ausgeübt haben. Menschen mit Beeinträchtigung engagieren sich damit insgesamt häufiger als die Gesamtbevölkerung. Dieses überdurchschnittliche Engagement könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie als marginalisierte Gruppe häufiger für ihre Rechte eintreten müssen und gesellschaftliche Themen in besonderem Maße ihre Lebensrealität betreffen. Hinzuzufügen ist außerdem, dass Menschen mit Beeinträchtigung im Schnitt älter sind als die Gesamtbevölkerung, da der Großteil der Behinderungen im Laufe des Lebens erworben wird. Ältere Menschen sind in der gesamten Gesellschaft zwar nicht häufiger, aber dauerhafter und mit mehr Zeitaufwand engagiert, was somit auch den Anteil der engagierten Menschen mit Beeinträchtigung erklärt (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2025).

Besonders deutlich wird der Unterschied bei der Teilnahme an Unterschriftensammlungen oder Petitionen: 65 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung haben sich hier beteiligt, gegenüber 39 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Petitionen bieten einerseits eine niedrigschwellige und häufig barrierearme Möglichkeit, eigene Anliegen zu unterstützen. Gleichzeitig zeigen die hohen Zustimmungswerte die politische Aufmerksamkeit und Beteiligungsbereitschaft der Teilhabe-Community.

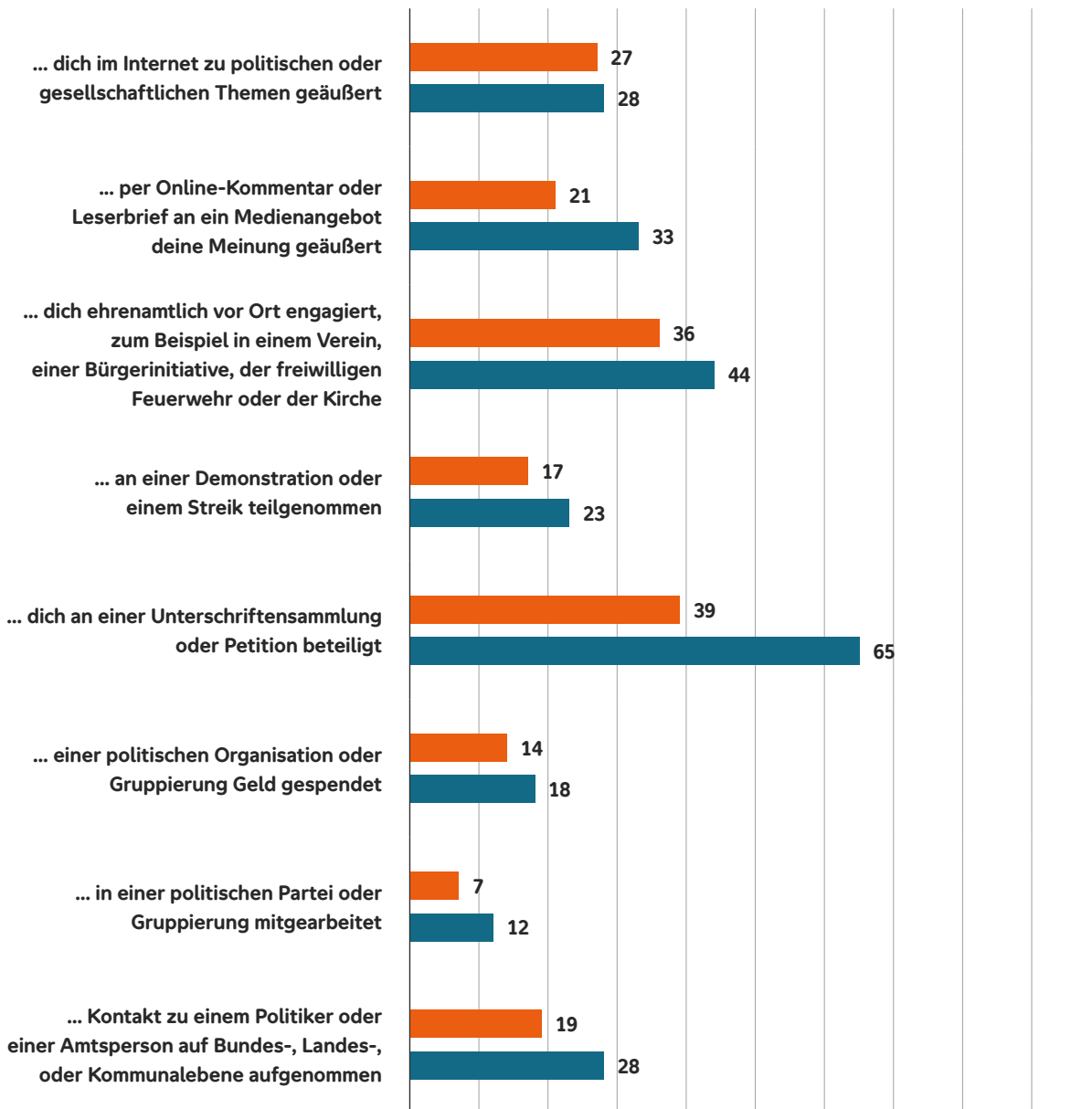
Auch internetbasierte Formen der Beteiligung – wie Meinungsäußerungen zu aktuellen politischen Themen oder das Verfassen von Leserbriefen und Online-Kommentaren – sind unter Menschen mit Beeinträchtigung deutlich verbreiteter, mit jeweils mehr als zehn Prozentpunkten Abstand zur Gesamtbevölkerung. Digitale Räume können hier Barrieren ausgleichen, die in analogen Beteiligungsformaten bestehen, vorausgesetzt die Angebote sind tatsächlich digital barrierefrei. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass 41 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung im Internet Diskriminierung erfahren (Aktion Mensch 2025a), was die Nutzung digitaler Beteiligungsformen trotz ihres Potenzials auch erschwert.

Während digitale Formen der Beteiligung für Menschen mit Beeinträchtigung eine barrierearme Alternative darstellen, werden jedoch auch physische Protestaktionen von ihnen häufiger genutzt als von der Gesamtbevölkerung. 23 Prozent der Befragten aus der Teilhabe-Community haben schon einmal an einer Demonstration oder einem Streik teilgenommen. In der repräsentativen Befragung der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil bei 17 Prozent. Dass sich Menschen mit Beeinträchtigung auch bei Formen der Meinungsäußerung mit größerem (physischen) Aufwand stärker beteiligen, betont die Bedeutung des gesellschaftlichen Einsatzes für sie.

Im ehrenamtlichen Engagement zeigen sich ebenfalls Unterschiede: 44 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung engagieren sich vor Ort ehrenamtlich, gegenüber 36 Prozent der Gesamtbevölkerung. Während das Engagement in der Gesamtbevölkerung mit steigendem Alter abnimmt, bleibt es in der Teilhabe-Community über alle Altersgruppen hinweg nahezu konstant. Dies kann darauf hindeuten, dass Menschen mit Beeinträchtigung sich aufgrund eigener Erfahrungen oder aus der Perspektive der Selbstvertretung langfristig und beständig engagieren – beispielsweise in Selbsthilfe- oder Selbstvertretungsorganisationen.

Abbildung 3:
Gesellschaftlich-politisches Engagement

Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Hast du im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?



● Gesamtbevölkerung ● Menschen mit Beeinträchtigung

Darstellung in Prozent | Darstellung der Antwortmöglichkeit „Ja“ | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Innerhalb einzelner Beteiligungsformen zeigen sich zudem geschlechterspezifische Unterschiede: In beiden Gruppen beteiligen sich Männer häufiger in politischen Parteien oder Gruppierungen und nehmen häufiger Kontakt zu Politiker*innen oder Amtspersonen auf. In der bevölkerungsrepräsentativen Studie äußern sich Männer zudem häufiger per Online-Kommentar oder Leserbrief, während in der Teilhabe-Community in diesem Bereich keine relevanten Geschlechterunterschiede bestehen. Umgekehrt geben in der Teilhabe-Community mehr Männer als Frauen an, Geld gespendet zu haben – ein Muster, das in der Gesamtbevölkerung nicht beobachtet wird.

Auch bei der direkten politischen Beteiligung zeigt sich ein höheres Engagement der Menschen mit Beeinträchtigung. Der Anteil derjenigen, die an der Bundestagswahl im Frühjahr 2025 teilgenommen haben, liegt in der Teilhabe-Community knapp zehn Prozentpunkte höher als in der Gesamtbevölkerung. Dies ist bemerkenswert, da nicht barrierefreie Wahlbüros und ein Mangel an Informationen in Einfacher oder Leichter Sprache für viele Menschen mit Beeinträchtigung weiterhin Hürden darstellen. Die erhöhte Wahlbeteiligung könnte damit zusammenhängen, dass politische Entscheidungen für ihre Lebensrealität besonders weitreichende Konsequenzen haben – insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Diskussionen um Kürzungen im Sozial- und Gesundheitssektor.

Ideale des gesellschaftlichen Zusammenlebens

In einer Gesellschaft haben Menschen unterschiedliche Vorstellungen davon, wie gutes Zusammenleben aussehen sollte. Diese Vorstellungen beeinflussen, was sie von ihrem Umfeld erwarten, wie sie Beziehungen gestalten und welche Werte ihnen in Politik und Gesellschaft wichtig sind. Um diese verschiedenen Auffassungen sichtbar zu machen, wurde in der Befragung erhoben, welche Idealvorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenhalt Menschen mit Beeinträchtigung haben und wie sich diese von den Vorstellungen der Gesamtbevölkerung unterscheiden.

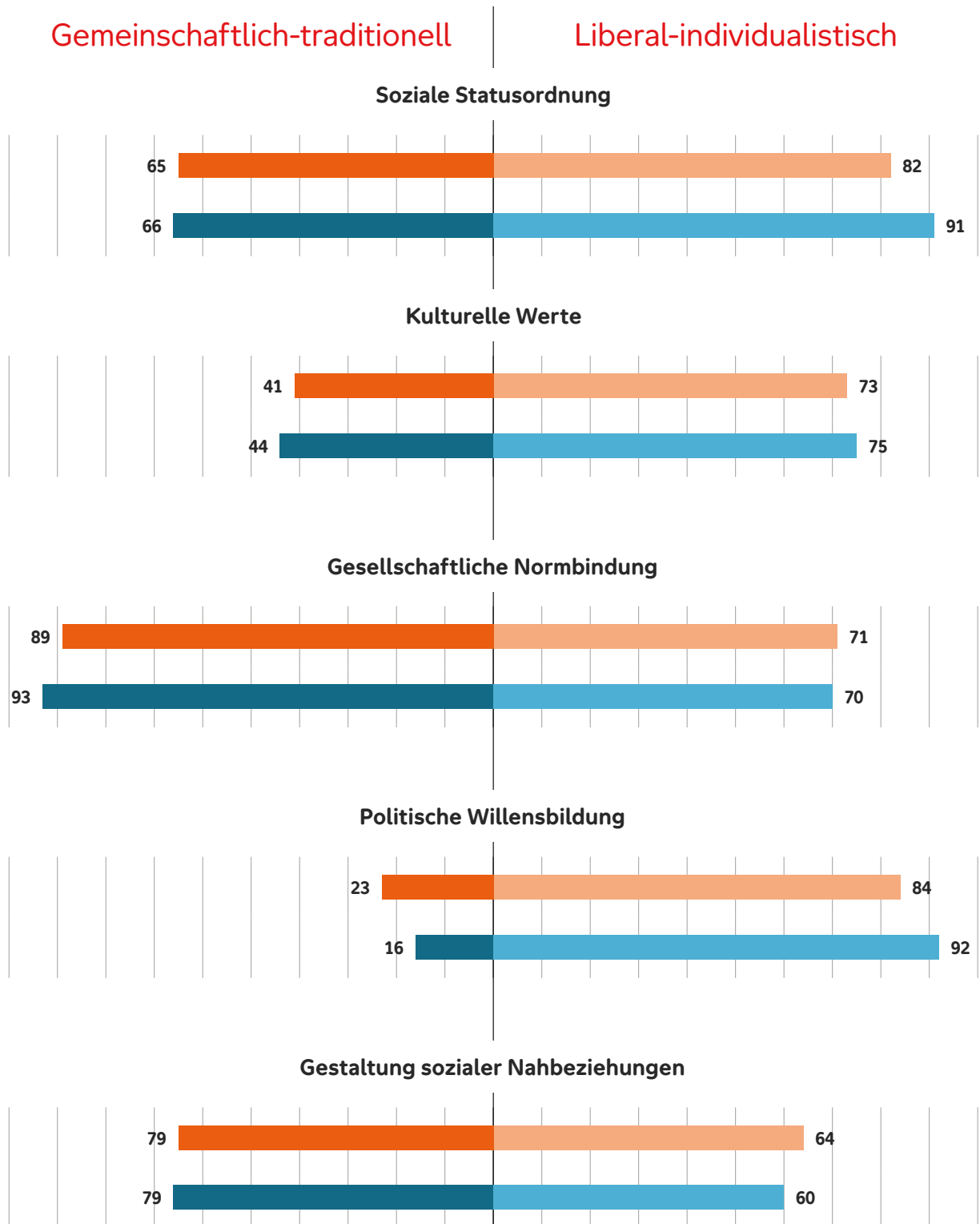
Um diese Vorstellungen systematisch zu erfassen, wurde auf Basis von Arbeiten des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Teichler et alii 2023) eine Liste mit zehn Aussagen entwickelt, die verschiedene Vorstellungen eines gesellschaftlichen Zusammenlebens ausdrücken und den Befragten zur Bewertung vorgelegt wurde. Hinter diesen zehn Aussagen stehen fünf Leitprinzipien (siehe Tabelle).

Sie lassen sich als Achsen verstehen, deren Endpunkte jeweils durch zwei gegensätzliche Aussagen markiert werden, die für zwei Idealtypen stehen: die gemeinschaftlich-traditionelle und die liberal-individualistische Vorstellung. Bei ersterer spielen Konformität, feste Rollen und soziale Nähe eine Rolle. Zweitere stellt Vielfalt, Selbstentfaltung und Offenheit in den Vordergrund.

Ein Beispiel hierfür bietet das Leitprinzip der kulturellen Werte: Die gemeinschaftlich-traditionelle Vorstellung eines guten Zusammenlebens entspricht der Aussage, dass alle Menschen dieselben Werte, Sitten und Gebräuche teilen sollten, während die liberal-individualistische Vorstellung betont, dass Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen miteinander leben. Durch die Kombination der Antworten auf diese gegenüberliegenden Aussagen lässt sich bestimmen, ob eine befragte Person eher am gemeinschaftlich-traditionellen Pol, am liberal-individualistischen Pol oder an einer ambivalenten Position dazwischen verortet ist.

Leitprinzip	Aussagenpaare	
	Ein gutes Zusammenleben bedeutet für mich, dass ...	
Soziale Statusordnung	... jeder seinen festen Platz in der Gesellschaft hat.	... sich jeder seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend entfalten kann.
Kulturelle Werte	... alle die gleichen Werte, Sitten und Gebräuche teilen.	... Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen miteinander leben.
Gesellschaftliche Normbindung	... sich alle an Recht und Ordnung halten.	... jeder so leben kann, wie er es möchte.
Politische Willensbildung	... jemand da ist, der sagt, wo es lang geht.	... Meinungsunterschiede ausdiskutiert und Kompromisse erarbeitet werden.
Gestaltung sozialer Nahbeziehungen	... der Zusammenhalt in den Familien und in der Nachbarschaft eng ist.	... man ungebunden leben kann und nicht auf andere angewiesen ist.

Abbildung 4:
Zustimmungswerte zu den Aussagen zur Vorstellung eines guten gesellschaftlichen Zusammenlebens



- Gesamtbevölkerung gemeinschaftlich-traditionell
- Gesamtbevölkerung liberal-individualistisch
- Menschen mit Beeinträchtigung gemeinschaftlich-traditionell
- Menschen mit Beeinträchtigung liberal-individualistisch

Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607;
 Gesamtbevölkerung n = 1.351

Soziale Statusordnung

Die gemeinschaftlich-traditionelle Einstellung, dass jeder Mensch seinen festen Platz in der Gesellschaft hat, ist bei Menschen mit Beeinträchtigung und der Gesamtbevölkerung fast gleich stark vertreten (66 versus 65 Prozent). Dem liberal-individualistischen Pol hingegen stimmen Menschen mit Beeinträchtigung deutlich stärker zu. 92 Prozent sagen, dass sich jeder Mensch seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend entfalten können sollte. In der Gesamtbevölkerung stimmen dem nur 82 Prozent zu. Dies könnte auf mögliche Beschränkungen der freien Entscheidung und Entwicklung zurückzuführen sein, denen Menschen mit Beeinträchtigung ausgesetzt sind. Viele erleben, dass ihnen Fähigkeiten abgesprochen oder Entwicklungsmöglichkeiten vorgegeben werden, statt dass sie diese selbst bestimmen können. Vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt wird für viele Menschen mit Beeinträchtigung erfahrbar, dass sie nicht frei nach ihren Interessen entscheiden können: So scheinen Karrierewege vermeintlich vorgezeichnet und Förderschüler*innen finden oftmals nicht den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt, sondern werden in Werkstätten für Menschen mit Behinderung vermittelt. Gerade vor diesen Hintergründen erhält die Idee, die eigenen Neigungen frei verfolgen zu können, einen besonderen Stellenwert.

Bemerkenswert ist auch, dass die Zustimmung über Geschlechter und Altersgruppen hinweg unter den Menschen mit Beeinträchtigung weitgehend konstant bleibt und weniger streut als in der repräsentativen Vergleichsstudie. Selbstentfaltung ist hier also kein generationen- oder geschlechtsspezifisches Ideal, sondern für Menschen mit Beeinträchtigung ein durchgängig bedeutsamer Wert.

Kulturelle Werte

Bei der Aussage, dass für ein gutes Zusammenleben Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen miteinander leben sollten, unterscheiden sich die beiden Studien nur leicht voneinander (75 Prozent versus 73 Prozent). Auch der Anteil der Menschen mit einem gemeinschaftlich-traditionellen Ideal, das besagt, dass alle Menschen die gleichen Sitten und Werte teilen sollten, unterscheidet sich kaum in den beiden Gruppen (44 Prozent versus 41 Prozent). Wie

die Gesamtbevölkerung orientieren sich Menschen mit Beeinträchtigung somit eher liberal-individualistisch und befürworten Vielfalt. Der traditionelle Pol wird in beiden Gruppen geringer vertreten.

Gesellschaftliche Normbindung

Die Zustimmung zur Aussage, dass sich alle an Recht und Ordnung halten sollten, ist mit 93 Prozent in der Teilhabe-Community besonders hoch (Gesamtbevölkerung: 89 Prozent). Auffällig ist hier der Blick auf die jüngsten Befragten: In der Teilhabe-Community stimmen hier 91 Prozent zu, in der Gesamtbevölkerung 84 Prozent.

Eine Befragung zum Thema Diskriminierung der Aktion Mensch (2025a) zeigt, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen häufiger von Diskriminierung betroffen sind und eine konsequente Verfolgung und Sanktionierung dieser fordern. Zusätzlich dazu sind viele Menschen mit Beeinträchtigung auf ihre soziale Absicherung durch den Staat angewiesen. Somit ist für sie existenziell, dass auch der Staat die gesetzlichen Regelungen umsetzt und zugesicherte Leistungen tatsächlich gewährt. Die Orientierung in Richtung „Recht und Ordnung“ lässt sich aus dieser Perspektive als Wunsch nach verlässlichem Schutz, nach fairer Anwendung von Regeln und nach wirksamer Absicherung gegen Ungleichbehandlung deuten.

Politische Willensbildung

Die Teilhabe-Community befürwortet deutlich, dass für ein gelingendes Zusammenleben Meinungsunterschiede zu politischen oder gesellschaftlichen Fragestellungen ausdiskutiert oder Kompromisse gefunden werden (Menschen mit Beeinträchtigung 92 Prozent; Gesamtbevölkerung 84 Prozent). Lediglich 16 Prozent befürworten die autoritäre Vorstellung, dass es gut sei, wenn jemand da ist, der „sagt, wo es lang geht“ (Gesamtbevölkerung: 23 Prozent).

Auch an dieser Stelle könnte, wie schon im Bereich der Sozialen Statusordnung, interpretiert werden, dass Menschen mit Beeinträchtigung häufiger negative Erfahrungen gemacht haben, weil Entscheidungen

über ihre Köpfe hinweg getroffen wurden oder dass sie von wichtigen Prozessen ausgeschlossen wurden. Autoritäre Strukturen bedeuten für sie fehlende Mitbestimmung und damit einen Verlust an Selbstbestimmung.

Gestaltung sozialer Nahbeziehungen

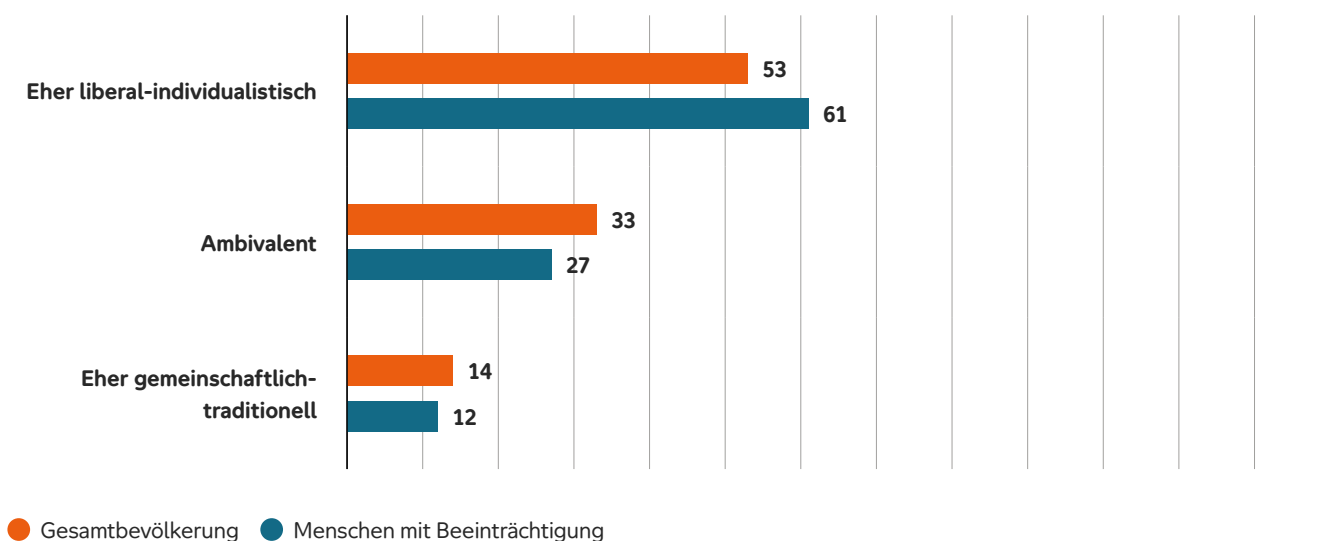
Beim Leitprinzip der sozialen Nahbeziehungen unterscheiden sich Menschen mit Beeinträchtigung nicht stark von der Gesamtbevölkerung. In beiden Gruppen sagt die Mehrheit (79 Prozent), dass ein enges Zusammenleben mit der Familie und das Eingebundensein in den nachbarschaftlichen Sozialraum wichtig für sie sind. Das zeigt, wie wichtig Unterstützungsangebote vor Ort für alle Menschen in den verschiedenen Lebensbereichen sind. Gleichzeitig haben Menschen mit Beeinträchtigung häufig schwächere Unterstützungsnetzwerke (vergleiche Kapitel „Persönliche Unterstützungsnetzwerke“). Der Wunsch nach einer Einbindung in Kombination mit einer defacto geringeren Teilhabe macht den unerfüllten Bedarf nach sozialen Nahbeziehungen von vielen Menschen mit Beeinträchtigung deutlich.

Gleichwohl ist auch der Wunsch, unabhängig leben zu können, bei beiden Gruppen vorhanden (Menschen mit Beeinträchtigung: 60 Prozent; Gesamtbevölkerung: 64 Prozent). Die Zustimmung zu beiden Polen legt nahe, dass alle Menschen eher gut eingebunden, aber trotzdem frei und unabhängig leben möchten. Das Alleinsein ist so lange in Ordnung, bis bestimmte Lebenssituationen die Unterstützung anderer Personen erfordern. An dieser Stelle wird ein „Auffangnetz“ benötigt, das gerade bei Menschen mit Beeinträchtigung nicht immer vorhanden ist.

Zusammengefasste Grundorientierung

Die zehn Aussagen zu den Vorstellungen eines guten gesellschaftlichen Zusammenlebens lassen sich zu übergeordneten Orientierungen verdichten. Für jede befragte Person kann so ermittelt werden, ob sie eher zu einem gemeinschaftlich-traditionellen oder zu einem liberal-individualistischen Ideal des Zusammenlebens tendiert oder ob sie sich zwischen beiden Polen ambivalent positioniert. Dieses Vorgehen ermöglicht eine aggregierte Sicht auf die grundlegenden Orientierungen, die hinter den Einzelantworten stehen.

Abbildung 5:
Grundorientierung der beiden Vergleichsgruppen



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Insgesamt zeigt sich, dass liberal-individualistische Vorstellungen in der Teilhabe-Community vergleichsweise stark ausgeprägt sind. 61 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung lassen sich diesem Orientierungstyp zuordnen, während 12 Prozent gemeinschaftlich-traditionelle Grundorientierungen vertreten und weitere 27 Prozent ambivalent bleiben. Ein kleinerer Anteil, aber immer noch die Mehrheit der Gesamtbevölkerung, ist liberal-individualistisch orientiert (53 Prozent), während dort sowohl die ambivalenten (33 Prozent) als auch die gemeinschaftlich-traditionellen Orientierungen (14 Prozent) etwas häufiger auftreten.

Gemeinschaftlich-traditionelle Orientierungen sind in beiden Stichproben seltener vertreten als ambivalente oder liberal-individualistische Positionen. Dies spricht dafür, dass traditionelle Vorstellungen von Homogenität, fester sozialer Ordnung oder engen Bindungen gesamtgesellschaftlich keine dominierende Rolle

spielen. In der Teilhabe-Community finden sich jedoch leichte Tendenzen zu gemeinschaftlich-traditionellen Vorstellungen in den Leitprinzipien kulturelle Werte, gesellschaftliche Normbindung und soziale Nahbeziehungen. Dies könnte darauf hindeuten, dass Menschen mit Beeinträchtigung in bestimmten Lebensbereichen stärker auf Stabilität, Sicherheit oder verlässliche soziale Strukturen zurückgreifen, möglicherweise deshalb, weil diese helfen, Barrieren zu mindern oder Schutz vor Diskriminierung zu bieten. Die Befunde verdeutlichen zudem, dass Menschen mit Beeinträchtigung keine einheitlichen Orientierungen vertreten, sondern differenzierte Idealvorstellungen vom gelingenden Zusammenleben haben. Die Unterschiede zu den Mustern der Gesamtbevölkerung legen nahe, dass ihre Vorstellungen nicht nur von allgemeinen gesellschaftlichen Trends geprägt sind, sondern auch von spezifischen Erfahrungen im Kontext von Diskriminierung, Teilhabe und sozialer Sicherheit.

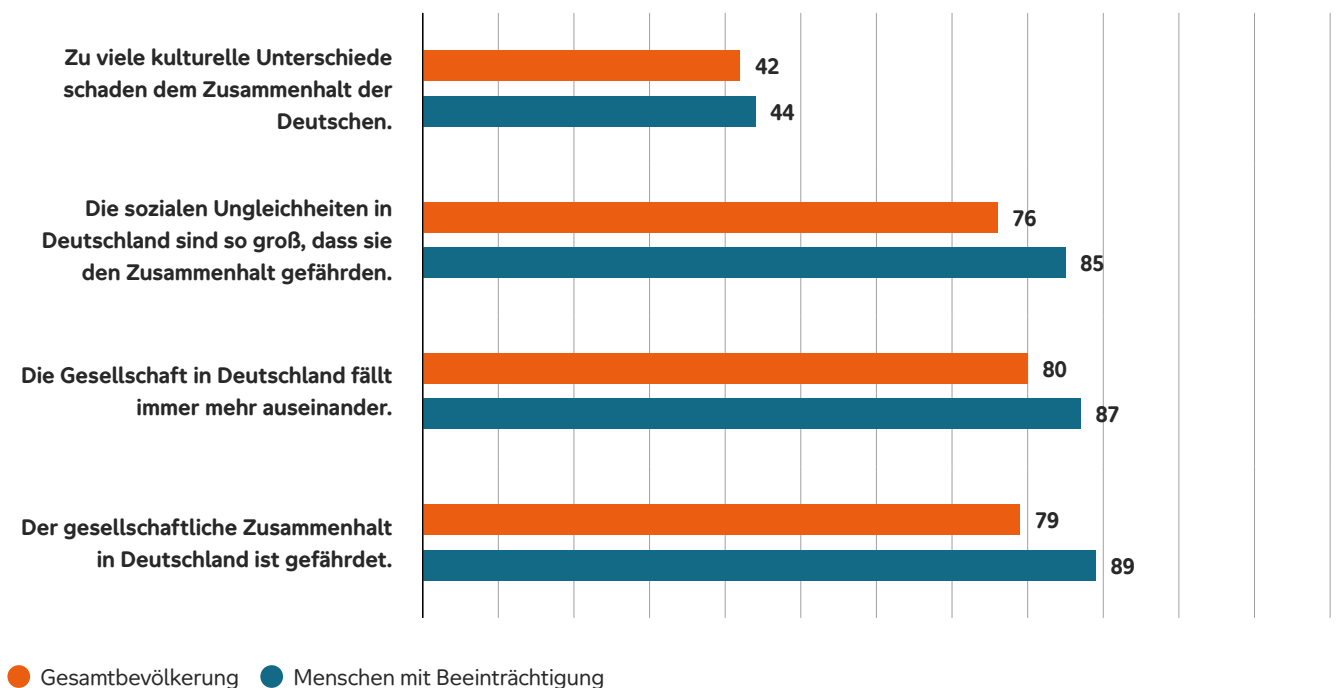
Gefährdung von Zusammenhalt und Demokratie

Um ein Bild davon zu erhalten, wie stark Befragte mögliche Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrnehmen, wurden ihnen Aussagen vorgelegt, zu denen sie jeweils Zustimmung oder Ablehnung äußern konnten. Die Ergebnisse zeigen: Die Mehrheit der Befragten, sowohl in der Teilhabe-Community als auch in der Gesamtbevölkerung, sieht den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet an. In der Teilhabe-Community fällt diese Einschätzung jedoch deutlich stärker aus.

Bei drei der vier Aussagen stimmt jeweils der Großteil (mehr als 80 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung zu, nämlich der Einschätzung, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland gefährdet sei, dass die Gesellschaft immer mehr auseinanderfalle und dass soziale Ungleichheiten so groß seien, dass sie den Zusammenhalt bedrohen. In der Gesamtbevölkerung liegen die Zustimmungswerte zu diesen Aussagen jeweils zwischen sieben und zehn Prozentpunkten niedriger. Diese deutlichen Unterschiede zeigen, dass Menschen mit Beeinträchtigung gesellschaftliche Entwicklungen kritischer bewerten und Risiken für das Zusammenleben stärker wahrnehmen.

Abbildung 6:
Wahrnehmung der Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Frage: Stimmt du diesem Satz zu oder nicht? Du kannst unterschiedlich stark zustimmen.



Darstellung in Prozent | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „Ganz klar ja“ und „Eher ja“ | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Ein möglicher Erklärungsansatz ist die besondere Betroffenheit von Menschen mit Beeinträchtigung in Bezug auf Diskriminierung, soziale Ungleichheit und unsichere gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Aus der Forschung zur Intersektionalität ist bekannt, dass das Erleben von Ausgrenzung häufig die Sensibilität für weitere gesellschaftliche Risiken erhöht: Je mehr Marginalisierungsmerkmale eine Person aufweist und je häufiger sie Diskriminierung erfährt, desto eher erkennt sie strukturelle Gefährdungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Diese Perspektive deckt sich mit Befunden aus früheren Studien der Aktion Mensch, nach denen Menschen mit Beeinträchtigung deutlich stärker von Benachteiligung betroffen sind und gesellschaftliche Entwicklungen deshalb oft durch die Linse eigener Erfahrungen bewerten.

Innerhalb der Teilhabe-Community zeigen sich darüber hinaus leichte demografische Unterschiede: Frauen stimmen den drei genannten Aussagen tendenziell etwas häufiger zu als Männer, und ältere etwas häufiger als jüngere Befragte. Einzig bei der Einschätzung sozialer Ungleichheiten ist es umgekehrt: Hier stimmen etwas mehr jüngere als ältere Befragte zu. Dies könnte darauf hindeuten, dass jüngere

Menschen mit Beeinträchtigung Ungleichheitsstrukturen im Alltag, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungsbereich, deutlicher wahrnehmen.

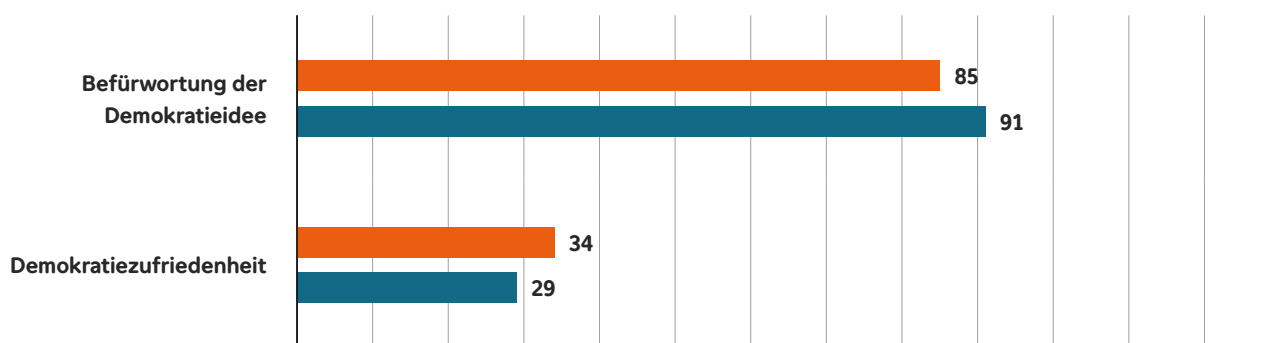
Ein anderes Bild ergibt sich bei der Frage, ob zu viele kulturelle Unterschiede dem Zusammenhalt der Deutschen schaden. Dieser vierten Aussage stimmen in beiden Gruppen knapp über 40 Prozent zu, also deutlich weniger als bei den übrigen drei Aussagen. Damit wird sichtbar, dass kulturelle Vielfalt von vielen Befragten nicht als Gefährdungsfaktor angesehen wird.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass Menschen mit Beeinträchtigung gesellschaftliche Gefährdungen ausgeprägter wahrnehmen als die Gesamtbevölkerung. Ihre Erfahrungen mit Diskriminierung, mangelnder Barrierefreiheit und sozialen Ungleichheiten scheinen ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher Entwicklungen zu prägen. Gleichzeitig zeigen die Daten, dass nicht alle Gefährdungsdimensionen gleich bewertet werden. Während soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Spaltung als besonders kritisch empfunden werden, spielt kulturelle Vielfalt eine deutlich geringere Rolle in der Bewertung möglicher Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Abbildung 7: Einstellung zur Demokratie

Frage: Was würdest du zur Idee der Demokratie sagen?

Und wie zufrieden bist du alles in allem mit der Demokratie, so wie sie zurzeit in Deutschland funktioniert?



● Gesamtbevölkerung ● Menschen mit Beeinträchtigung

Darstellung in Prozent | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „Ich bin entschieden für Demokratie“ und „Ich bin eher für Demokratie“ (Demokratieidee); „Sehr zufrieden“ und „Eher zufrieden“ (Demokratiezufriedenheit) | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Wie aber bewerten die Befragten das grundlegende politische Prinzip der Demokratie und ihr derzeitiges Funktionieren?

hingegen deutlich zufriedener mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie als die jüngeren Altersgruppen.

Die Zustimmung zur Demokratieidee ist in beiden Gruppen sehr hoch. In der Teilhabe-Community fällt sie mit 91 Prozent noch etwas stärker aus als in der Gesamtbevölkerung (85 Prozent). Auffällig ist, dass diese Zustimmung in beiden Gruppen unter Männern jeweils etwas höher ausfällt als unter Frauen und unter älteren Befragten höher liegt als bei Jüngeren.

Deutlich unzufriedener sind die Befragten hingegen damit, wie die Demokratie in Deutschland aktuell funktioniert. 29 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung und 34 Prozent der Gesamtbevölkerung sind eher oder sehr zufrieden. In der Teilhabe-Community liegt der Anteil der Zufriedenen unter Männern elf Prozentpunkte höher als unter Frauen (35 versus 24 Prozent), während der Geschlechterunterschied in der repräsentativen Stichprobe der Gesamtbevölkerung mit sieben Prozentpunkten etwas geringer ausfällt (38 versus 31 Prozent). Anders als bei der Zustimmung zur Demokratieidee zeigt sich in der Teilhabe-Community kein klarer Alterseffekt. In der Gesamtbevölkerung sind ältere Personen

Die Rolle von gesellschaftlichen Institutionen

Das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen gilt als zentraler Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es zeigt, ob Menschen sich jenseits ihrer direkten sozialen Beziehungen darauf verlassen können, dass gesellschaftliche Abläufe funktionieren und Entscheidungen fair getroffen und umgesetzt werden. Institutionelles Vertrauen ist daher nicht nur

ein Maß für die Stabilität demokratischer Strukturen, sondern auch für das Gefühl, Teil einer verlässlichen Gemeinschaft zu sein.

Die Befragten sollten angeben, wie sehr sie zwölf unterschiedlichen Institutionen vertrauen. Diese lassen sich **drei übergeordneten Bereichen** zuordnen:

Politisch administrative Institutionen

- Bundesverfassungsgericht
- Öffentliche Verwaltung
- Parteien

Medien

- Lokale und regionale Tageszeitungen
- Öffentlich-rechtliche Medien
- Private Radio- und Fernsehsender
- Soziale Medien

Zivilgesellschaft und gesellschaftliches Leben

- Gewerkschaften
- Kirche
- Sportvereine
- Stiftungen
- Wissenschaft

Die höchsten Vertrauenswerte unter Menschen mit Beeinträchtigung genießen die Wissenschaft (85 Prozent), gefolgt von Sportvereinen (79 Prozent) und dem Bundesverfassungsgericht (78 Prozent). Mit etwas Abstand folgen institutionelle Bereiche, denen zwischen 61 und 67 Prozent der Befragten eher oder klar vertrauen, darunter die öffentlich-rechtlichen Medien (66 Prozent) sowie lokale oder regionale Tageszeitungen (64 Prozent). Diese Muster zeigen, dass wissenschaftliche Expertise, rechtstaatliche Kontrolle und gemeinschaftsorientierte Strukturen wie der Sport besonders hohes Ansehen in der Teilhabe-Community genießen.

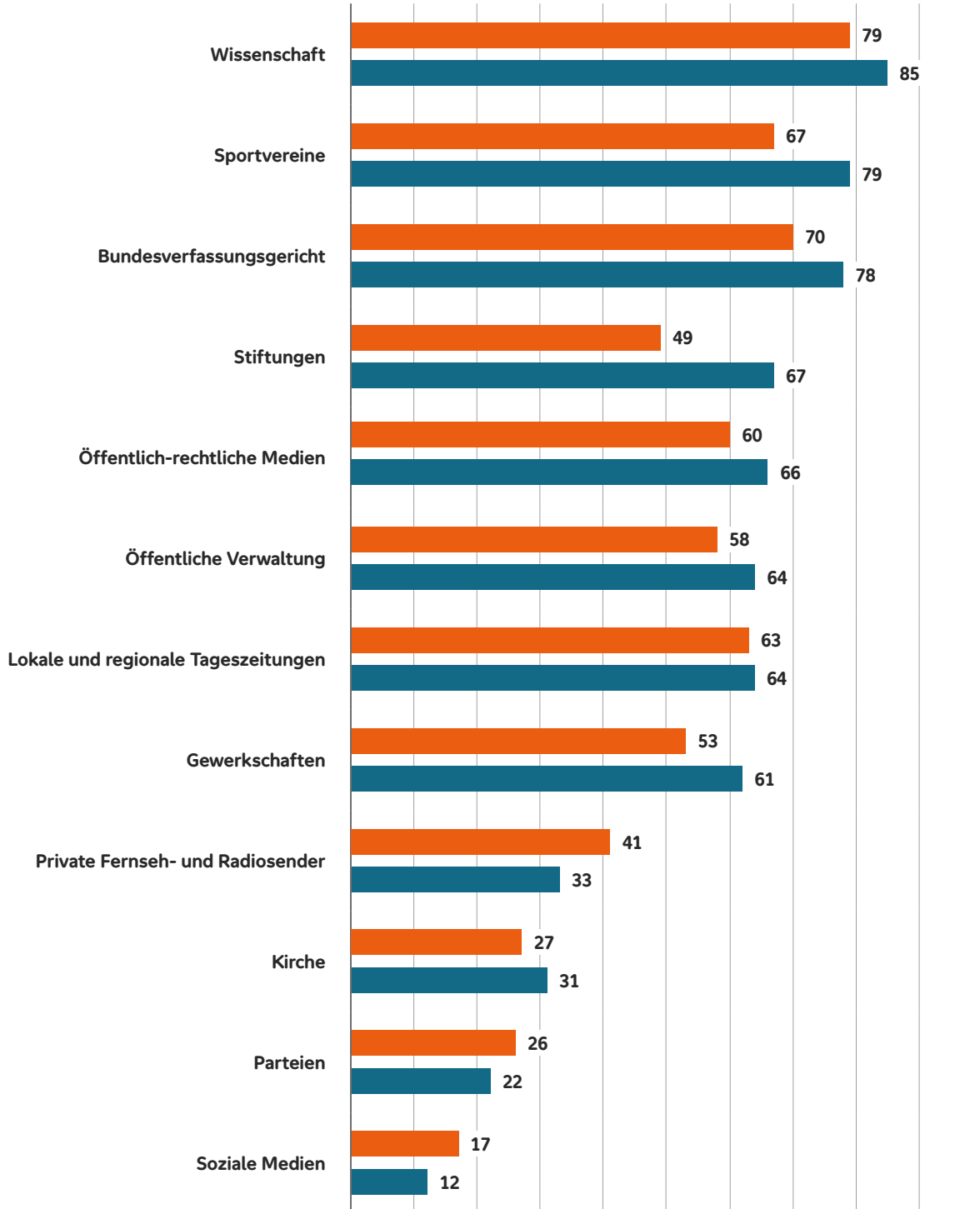
Deutlich schwächer fällt das Vertrauen in private Fernseh- und Radiosender (33 Prozent) sowie in die Kirche (31 Prozent) aus. Am geringsten ist das Vertrauen in Parteien (22 Prozent) und, mit deutlichem

Abstand, in soziale Medien (12 Prozent). Diese Institutionen scheinen eher als wenig verlässlich oder sogar als potenziell konflikthaft wahrgenommen zu werden.

Verglichen mit der repräsentativen Gesamtbevölkerung zeigt sich, dass Menschen mit Beeinträchtigung vielen Institutionen insgesamt ein höheres Vertrauen entgegenbringen. Besonders große Unterschiede finden sich bei Sportvereinen (79 versus 67 Prozent, plus 12 Prozentpunkte) und bei Stiftungen (67 versus 49 Prozent, plus 18 Prozentpunkte). Dies deutet darauf hin, dass gemeinschaftsorientierte oder zivilgesellschaftliche Akteure in der Teilhabe-Community als stärker unterstützend und weniger distanziert wahrgenommen werden. Das könnte auf ihr ohnehin erhöhtes ehrenamtliches Engagement oder auf individuelle Erfahrungen in inklusiven (Unterstützungs-)angeboten zurückgeführt werden.

Abbildung 8:
Vertrauen in Institutionen

Frage: Vertraust du dieser Institution? Du kannst unterschiedlich stark zustimmen.



● Gesamtbevölkerung ● Menschen mit Beeinträchtigung

Darstellung in Prozent | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „Ganz klar ja“ und „Eher ja“ | Basis der Befragung: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Lediglich in drei Fällen ist das Vertrauen unter Menschen mit Beeinträchtigung geringer als in der Vergleichsstudie: bei Parteien (22 versus 26 Prozent), bei privaten Fernseh- und Radiosendern (33 versus 41 Prozent) sowie bei sozialen Medien (12 versus 17 Prozent). Letzteres könnte darauf zurückzuführen sein, dass Menschen mit Beeinträchtigung im Internet deutlich häufiger Diskriminierung erfahren als die Gesamtbevölkerung (Aktion Mensch 2025a). Es ist davon auszugehen, dass solche Diskriminierungen häufig in den sozialen Medien erlebt werden, weshalb sie diesen nicht mehr vertrauen. Dass privaten Fernseh- oder Radiosender weniger vertraut wird, könnte daran liegen, dass gerade in TV-Formaten privater Sender kein Schwerpunkt auf diskriminierungsfreie Sprache gelegt wird und sich Menschen mit Beeinträchtigung hier schneller verurteilt fühlen. Außerdem bieten private Sender, im Gegensatz zu öffentlich-rechtlichen Angeboten, seltener barrierefreie Kommunikationsangebote wie Untertitel oder Nachrichten in Einfacher Sprache. Diese Angebote werden daher als weniger zugänglich oder verlässlich wahrgenommen.

Zwischen den Geschlechtern zeigen sich nur geringe Unterschiede. Frauen in der Teilhabe-Community vertrauen etwas häufiger Stiftungen, während Männer tendenziell mehr Vertrauen in lokale und regionale Tageszeitungen, in die Kirche und in Parteien haben (hier beträgt der Unterschied 12 Prozentpunkte). Diese Unterschiede könnten auch auf unterschiedliche Erfahrungsräume in den jeweiligen Gruppen hinweisen, etwa auf unterschiedliche Kontakte zu Institutionen oder unterschiedliche Erwartungen an sie. Interessant ist zudem das Altersmuster: Jüngere Befragte der Teilhabe-Community bringen Institutionen, die direkte Beteiligungsmöglichkeiten bieten, wie Gewerkschaften, Parteien und sozialen Medien mehr Vertrauen entgegen als ältere Befragte. Dieses Muster findet sich auch in der repräsentativen Gesamtbevölkerung.

Ein gegenläufiges Bild zeigt sich jedoch bei einer Reihe anderer Institutionen, darunter das Bundesverfassungsgericht, öffentlich-rechtliche Medien und öffentliche Verwaltung: In der Teilhabe-Community steigt das Vertrauen in diese Institutionen mit zunehmendem Alter. Institutionen, die Ordnung und Stabilität symbolisieren und die Gesellschaft vertreten, scheinen hier von größerer Bedeutung zu sein.

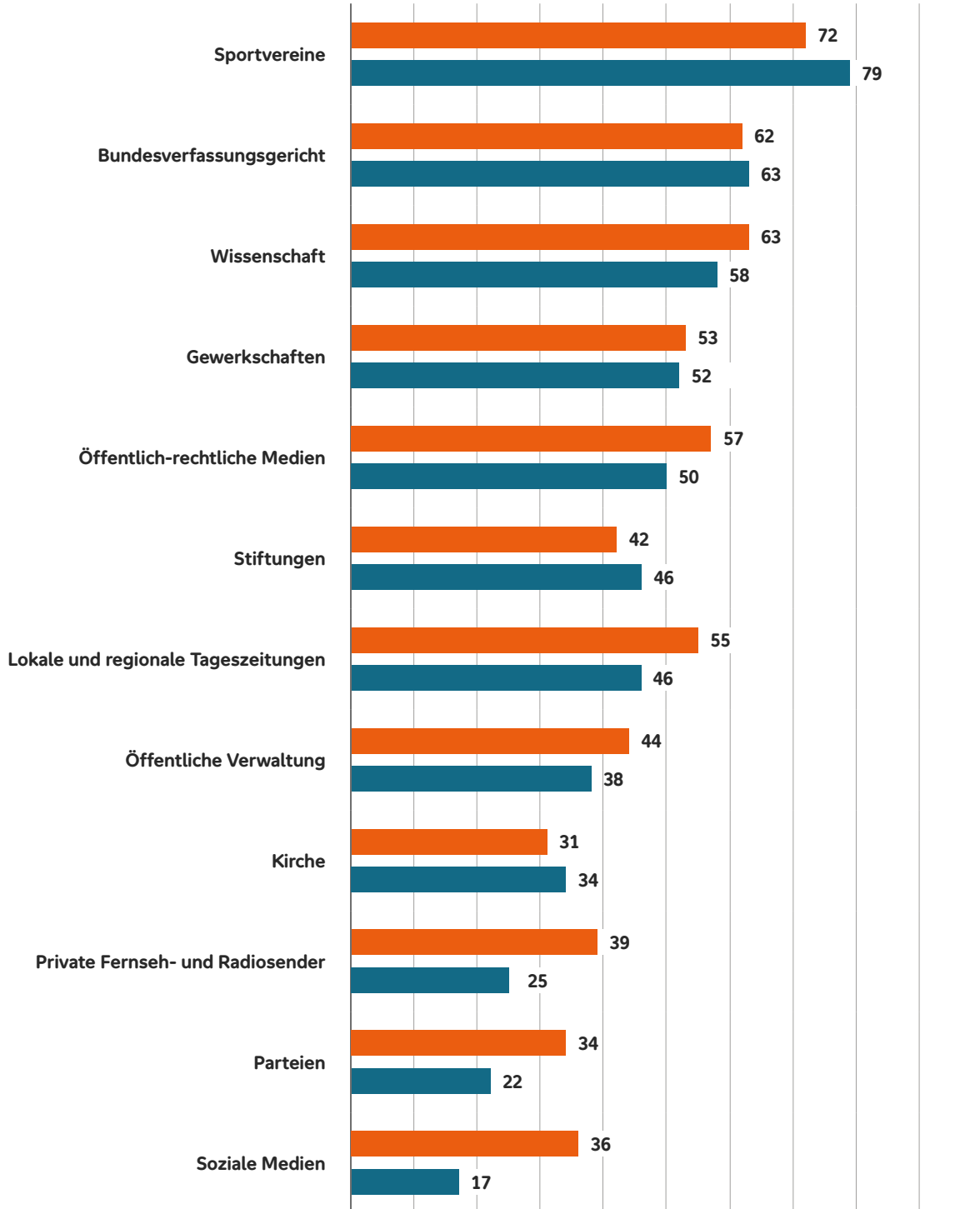
Neben dem Vertrauen in Institutionen sollten die Befragten beider Gruppen einordnen, welchen Beitrag die einzelnen Institutionen aus ihrer Sicht zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

In beiden Gruppen stechen dabei deutlich die Sportvereine hervor. 79 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung und 72 Prozent der Gesamtbevölkerung schreiben ihnen einen eher oder sehr hohen Beitrag zum Zusammenhalt zu. Mit einigem Abstand folgen das Bundesverfassungsgericht (63 versus 62 Prozent), die Wissenschaft (58 versus 63 Prozent) sowie die Gewerkschaften (52 versus 53 Prozent). Diese Institutionen werden also nicht nur als vertrauenswürdig, sondern auch als besonders wichtig für ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander wahrgenommen.

Deutlich schwächer fällt dagegen die Einschätzung vieler weiterer Institutionen aus. Von Menschen mit Beeinträchtigung werden im Bereich Medien die öffentlich-rechtlichen Medien am ehesten als relevante Stützen des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesehen (50 Prozent), gefolgt von lokalen und regionalen Tageszeitungen (46 Prozent), privaten Fernseh- und Radiosendern (25 Prozent) und sozialen Medien (17 Prozent). Die Gesamtbevölkerung bewertet in diesem Bereich die Angebote zwischen 7 und 19 Prozentpunkten besser. Auch die öffentliche Verwaltung und die Parteien werden von deutlich weniger Menschen mit Beeinträchtigung als Institutionen wahrgenommen, die einen Beitrag zum Zusammenhalt leisten. Es ist davon auszugehen, dass Institutionen, in denen Menschen mit Beeinträchtigung häufiger Diskriminierung erfahren, von ihnen auch als weniger förderlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen werden (vergleiche Aktion Mensch 2025a). Dies zeigt sich unter anderem in der geringen Einschätzung des Beitrags von Parteien auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Nur 22 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung sprechen diesen Parteien einen solchen Beitrag zu, in der Gesamtbevölkerung sind es 26 Prozent. Ein möglicher Grund hierfür ist, dass vor allem Menschen mit Beeinträchtigung wiederholt den Eindruck gewinnen, dass ihre Anliegen für Parteien eine untergeordnete Rolle spielen und andere Bevölkerungsgruppen mehr Gehör finden.

Abbildung 9:
Einschätzung des Beitrags von Institutionen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

Frage: Wie groß ist der Beitrag dieser Institution zum gesellschaftlichen Zusammenhalt?



● Gesamtbevölkerung ● Menschen mit Beeinträchtigung

Darstellung in Prozent | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „Sehr hoch“ und „Eher hoch“ | Basis der Befragung:
 Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 607; Gesamtbevölkerung n = 1.351

Fazit



Die Ergebnisse zeichnen ein vielschichtiges Bild des gesellschaftlichen Zusammenhalts aus der Perspektive von Menschen mit Beeinträchtigung. Zusammenhalt hängt für viele Menschen stark vom Alltag ab: von ihrem Sozialraum, verlässlichen Beziehungen und guter Unterstützung. Gerade dort, wo diese Einbindung brüchig ist oder fehlt, wird gesellschaftlicher Zusammenhalt als geschwächt erlebt. Menschen mit Beeinträchtigung erfahren diesen Mangel häufiger und in mehr Lebensbereichen als die Gesamtbevölkerung.

Gleichzeitig wird deutlich, dass Menschen mit Beeinträchtigung besonders stark auf stabile, verlässliche Strukturen angewiesen sind. Die hohe Zustimmung zu Vorstellungen von rechtskonformem Verhalten und zur fairen Durchsetzung von Regeln sind als Ausdruck eines berechtigten Bedürfnisses nach Schutz, Gleichbehandlung und Verlässlichkeit zu verstehen. Wer im Alltag von korrekter Leistungsgewährung, barrierefreien Zugängen und nicht diskriminierender Behandlung abhängt, nimmt das Funktionieren staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungssysteme als existenziell wahr. Menschen mit Beeinträchtigung möchten gleichberechtigte Teilhabe auf der Grundlage funktionierender Strukturen, die allen Menschen die gleichen Möglichkeiten geben.

Bemerkenswert ist zudem, dass gerade jene Gruppe, die häufiger Nachteile, Ausgrenzung und Barrieren erlebt, eine besonders hohe Bereitschaft zeigt, sich für die Allgemeinheit einzusetzen und zum gesellschaftlichen Miteinander beizutragen. Die befragten Menschen mit Beeinträchtigung engagieren sich häufiger gesellschaftlich und politisch – sie beteiligen sich überdurchschnittlich an Wahlen, Petitionen, zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und ehrenamtlichem Engagement. Diese Befunde machen deutlich: Es liegt nicht an mangelnder Bereitschaft oder fehlendem Einsatz von Menschen mit Beeinträchtigung, wenn gesellschaftlicher Zusammenhalt brüchig wird. Vielmehr zeigen sie eine ausgeprägte Sensibilität für soziale Fragen, eine hohe Beteiligungsbereitschaft und den starken Wunsch, gehört und ernst genommen zu werden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Menschen mit Beeinträchtigungen auf verlässliche staatliche Strukturen und soziale Sicherungssysteme Anspruch erheben und zugleich bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und zum Gemeinwohl beizutragen.

Auch mit Blick auf die Demokratie ergibt sich ein spannungsreiches Bild. Die Zustimmung zur Demokratie als politische Idee ist unter Menschen mit Beeinträchtigung höher als in der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig fällt die Zufriedenheit mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie deutlich niedriger aus. Dieses Spannungsverhältnis deutet darauf hin, dass das demokratische Grundverständnis zwar fest verankert ist, die praktische Umsetzung demokratischer Prinzipien jedoch zu oft nicht den eigenen Erfahrungen entspricht. Besonders deutlich wird dies im Verhältnis zu politischen Parteien: Weniger als ein Viertel (22 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung sprechen ihnen zu, einen Bei-

trag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten. Ein möglicher Grund dafür ist, dass sie wiederholt den Eindruck gewinnen, dass ihre Anliegen für Parteien eine untergeordnete Rolle spielen und andere Bevölkerungsgruppen mehr Gehör finden. Diese Wahrnehmung entsteht oftmals durch die strukturellen Defizite, die den Alltag vieler Menschen mit Beeinträchtigung prägen. So fehlt es weiterhin an verpflichtender Barrierefreiheit in Bereichen, die für ihre Lebensführung zentral sind – etwa in Arztpraxen oder anderen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung. Trotz der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Behinderung (vergleiche Aktion Mensch 2025c) sind zudem bislang keine wirksamen, spezifischen Maßnahmen erkennbar, die dieser strukturellen Benachteiligung systematisch entgegenwirken. Gleichzeitig werden auf politischer Ebene immer wieder Kürzungen des Sozialstaates diskutiert, von denen Menschen mit Beeinträchtigung überproportional betroffen wären. Insgesamt zeigt sich, dass Deutschland die Ziele und Verpflichtungen der UN Behindertenrechtskonvention bislang nur zögerlich umsetzt und viele der vorgesehenen Maßnahmen im Alltag von Menschen mit Beeinträchtigung noch nicht spürbar ankommen (vergleiche Aktion Mensch 2024).

Über alle Themenfelder hinweg zeigt sich zudem ein übergreifendes Muster: Viele der beschriebenen Entwicklungen sind auch in der Gesamtbevölkerung erkennbar, treten bei Menschen mit Beeinträchtigung jedoch früher, deutlicher und intensiver zutage. Sorgen um gesellschaftliche Spaltung, soziale Ungleichheit, fehlende Anerkennung oder den Verlust von Zusammenhalt sind keine exklusiven Erfahrungen von Menschen mit Beeinträchtigung. Sie sind für diese Gruppe durch eigene Marginalisierungserfahrungen jedoch besonders greifbar.

Ein besonders positives Signal geht vom Vertrauen in gemeinschaftsorientierte Akteure aus. Sportvereine etwa genießen sowohl ein sehr hohes Vertrauen als auch die höchste Zuschreibung eines positiven Beitrags zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie stehen exemplarisch für Räume, in denen Teilhabe, Begegnung und Gemeinschaft gelingen können – oft niedrighschwellig, lokal verankert und jenseits formaler bürokratischer Strukturen. Dies unterstreicht die Bedeutung inklusiver Sozialräume und zivilgesellschaftlicher Angebote für den Zusammenhalt insgesamt.

Der Forschungsbericht macht deutlich: Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dort, wo Teilhabe tatsächlich ermöglicht wird – durch verlässliche Institutionen, faire Regeln, funktionierende Unterstützungsstrukturen und Mitbestimmung. Menschen mit Beeinträchtigung bringen dafür Engagement, Verantwortungsbereitschaft und ein starkes Bekenntnis zu Demokratie und Solidarität mit. Damit verweisen ihre Perspektiven auf zentrale Herausforderungen – und zugleich auf wichtige Potenziale – für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland insgesamt.

Methodik



Die Grundlage dieses Forschungsberichts ist die „Zusammenhaltsstudie“, eine gemeinsame Befragung von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Die Studie wurde wissenschaftlich begleitet durch das Leibniz-Institut für Medienforschung (Hans-Bredow-Institut), das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie mindline media. Die Feldphase der Erhebung lag zwischen März und April 2025. Insgesamt nahmen 1.351 Personen an der Befragung teil. Die Datenerhebung erfolgte im Rahmen eines Mixed-Mode-Ansatzes, bei dem jeweils etwa die Hälfte der Interviews telefonisch und die andere Hälfte online durchgeführt wurde. Die Ergebnisse wurden nach Geschlecht, Alter, Bildung, Bundesland und Ortsgröße gewichtet und beziehen sich auf die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland.

Für den vorliegenden Bericht wurden ausgewählte Fragestellungen aus der Zusammenhaltsstudie für eine zusätzliche Befragung in der Teilhabe-Community übernommen und in einzelnen Fällen sprachlich angepasst. Die in den Diagrammen dargestellten Fragentexte und Antwortmöglichkeiten entsprechen dem Wortlaut der Befragung in der Teilhabe-Community. Die Teilhabe-Community ist ein Online-Panel von Menschen mit Beeinträchtigung, das vom Markt und Sozialforschungsinstitut Ipsos in Kooperation mit der Aktion Mensch aufgebaut wurde und rund 2.000 Panelmitglieder umfasst. Das Panel stellt die Altersstruktur von Menschen mit Beeinträchtigung gut dar. Da diese Bevölkerungsgruppe im Schnitt jedoch älter ist, als die Gesamtbevölkerung, ist an dieser Stelle auf einen möglichen Alterseffekt in den Befragungsdaten hinzuweisen. Die Befragung in der Teilhabe-Community wurde im Zeitraum vom 11. bis 15. Juli 2025 durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich 607 Personen an dieser Erhebung.

Quellenverzeichnis

ARD / ZDF / Deutschlandradio (Herausgeber) (2025): Zusammenhaltsstudie – Zentrale Ergebnisse. <https://www.ard-zdf-deutschlandradio-zusammenhaltsstudie.de> – abgerufen am 12.05.2026.

Aktion Mensch (2024): Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. <https://delivery-aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/Laengsschnittstudie-Umsetzung-UN-Behindertenrechtskonvention.pdf> – abgerufen am 07.04.2026.

Aktion Mensch (2025a): Diskriminierung als Alltagserfahrung. <https://delivery-aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/diskriminierung-als-alltagserfahrung?> – abgerufen am 18.02.2026.

Aktion Mensch (2025b): Gesundheit für alle? <https://delivery-aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/aktion-mensch-gesundheit-fuer-alle?> – abgerufen am 18.02.2026.

Aktion Mensch (2025c): Inklusionsbarometer Arbeit. 13. Jahrgang. <https://delivery-aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/aktion-mensch-inklusionsbarometer-arbeit-2025> – abgerufen am 18.02.2026.

Bundesministerium des Inneren (2026): Gesellschaftlicher Zusammenhalt – für ein friedvolles Miteinander. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/gesellschaftlicher-zusammenhalt-node.html> – abgerufen am 18.02.2026.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2024). <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/2348674/2393502/bd584f7043a033e56a1923af79abac55/2025-11-14-freiwilligensurveys-data.pdf> – abgerufen am 27.04.2026.

Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

Schmidt, Jan-Hinrik / Storll, Dieter (2026): Leistungen der öffentlich-rechtlichen Medien für den Zusammenhalt in Deutschland. Erwartungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung aus der ARD/ZDF/Deutschlandradio-Zusammenhaltsstudie 2025. Media Perspektiven, Nr. 13 / 2026. <https://www.media-perspektiven.de/publikationsarchiv/2026/detailseite-2026/leistungen-der-oeffentlich-rechtlichen-medien-fuer-den-zusammenhalt-in-deutschland> – abgerufen am 20.05.2026.

Teichler, Nils et alia (2023): Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ. Bremen: SOCIUM. <https://doi.org/10.26092/elib/2517> – abgerufen am 21.04.2026.

Impressum

Auftraggeberin:

Aktion Mensch e.V.
Verantwortlich: Sascha Decker
www.aktion-mensch.de

Datenerhebung:

Ipsos Public Affairs: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community)
mindline media: Gesamtbevölkerung

Autor*innen:

Jan-Hinrik Schmidt, Milena Braun (Leibniz-Institut für Medienforschung / FGZ Hamburg)

Redaktion:

Britta Klasen-Bönsch, Stefan Sandner (Aktion Mensch)

Lektorat:

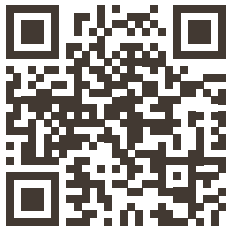
Ina Halbfas, www.buero1.com

Grafik, Layout, Satz und barrierefreies PDF:

Nicole Schmitz, www.subgrafix.de



Mehr Informationen unter
www.aktion-mensch.de



Stand: Mai 2026

Aktion Mensch e.V.

Heinemannstr. 36

53175 Bonn

Telefon: 0228 2092-0

info@aktion-mensch.de